



Niederschrift

14. Plenarsitzung des Gemeinderates
30. September 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 14 der Tagesordnung: Aktueller Sachstandsbericht zum Haushaltssicherungsprozess
– 4. Stufe Gesamtübersicht
Vorlage: 2025/0810**

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 23. September 2025.

Der Vorsitzende: Und vor der Pause geben wir uns jetzt noch die Liste des Grauens, die hier unter Tagesordnungspunkt 14 Ihnen als Informationsvorlage auf dem Tisch liegt. Ein erster oder ein weitgehender Einstieg in die 80-Millionen-Einsparungsrunde, noch nicht der komplette Einstieg, es wird im Oktober noch ein bisschen und im November noch ein bisschen mehr folgen, und das Ganze wird natürlich dann während der Haushaltsberatung auch noch mal richtig thematisiert werden. Ich darf aber die heutige Einbringung mit dieser Liste zunächst einmal verbinden mit einem großen Dank an die Stadtverwaltung, dass wir überhaupt, es ist ja schon die vierte Runde dieser Art, wir haben ja schon 210 bis 230 Millionen erbracht bzw. durch Mehreinnahmen ausgeglichen, und jetzt kommen noch mal 80 Millionen dazu, dass wir überhaupt noch so viele Vorschläge zusammengestellt haben.

Ich darf mich auch für die bisherige Begleitung durch die Fachausschüsse des Gemeinderats und durch den Gemeinderat ganz herzlich bedanken und darf jetzt auch die Einbringung mit einem Gesprächsangebot an die Bürgerinnen und Bürger verbinden, sich zu informieren, nachzufragen, mit uns in die Diskussion zu gehen. Wir laden am 20. November die Bürgerinnen und Bürger alle ein, aber das ist eigentlich schon zu spät, um die fachliche Diskussion mit den einzelnen Zielgruppen, mit den einzelnen Betroffenen, mit den einzelnen Fachleuten aus der Bevölkerung und in den Initiativen hier zu leisten. Vieles hat ja auch schon stattgefunden, gerade zum Thema Rappenwört gab es schon diverse Treffen mit verschiedenen Gruppen, und im Grunde mit der heutigen Einbringung wird es noch mal

öffentlich, was ansonsten noch so alles sozusagen in der Pipeline ist. Und ich darf auffordern, freue mich auch, dass wir so ein großes Medienecho gefunden haben, auch schon heute bei der Pressekonferenz und jetzt auch während der Sitzung. Wir brauchen hier ganz viel Öffentlichkeit, wir brauchen ganz viel Transparenz, wir brauchen am Ende aber auch eine Solidarität zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft in der klaren Forderung an Bund und Land, dass wir hier andere finanzielle Absicherungen für die Kommunen brauchen, aber auch in dem gemeinsamen Versuch, die Handlungsfähigkeit über den Haushalt und damit letztlich unsere politische Gestaltung, auch wenn sie noch so schmal sein mag, aufrechtzuerhalten und deswegen einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf zusammenzubacken.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Auch wenn Sie sie eben als eine Liste des Grauens bezeichnet haben, auch wir bedanken uns für diese Vorlage der Verwaltung. Denn wir sind uns sehr bewusst, dass eben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung sehr große Anstrengungen unternommen haben, um eben diese Einsparmaßnahmen jetzt noch in der vierten Runde zu identifizieren. Und aus unserer Sicht ist auch das Ansinnen erkennbar, dass die Mitarbeiter*innen eben versucht haben, in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich das mildeste Mittel noch zu finden, das heißt, Einsparungen eben dort vorzuschlagen, wo der zu erwartende Schaden am geringsten ist. Denn Schäden werden wir jetzt haben. Wir werden eben auch das Niveau an den Dienstleistungen, die wir für die Bürger*innen erbringen, vermindern müssen. Und dennoch, wenn wir sagen, ist das mildeste Mittel gewählt worden, diese Einsparvorschläge enthalten für die Bürger*innen schmerzhaft Maßnahmen. Das erkennen wir an. Und wir erkennen auch an, dass dadurch Enttäuschungen hervorgerufen werden und dass auch die Bürger*innen vor Herausforderungen gestellt werden, wenn eben bestimmte Dinge nicht mehr so bereitgestellt werden können, wie sie das bisher gewohnt waren und zum Teil auch Lebensabläufe anders gestaltet werden müssen, wenn eben Betreuung anders organisiert werden wird, als ein Beispiel.

Darüber hinaus sind wir noch nicht einmal am Ziel. Wir werden eben noch weitere Maßnahmen finden müssen und eben auch vor allem die Verwaltung ist da noch gefordert, um eben die Zielmarke von jeweils 80 Millionen Euro in Einsparungen für die Jahre 2026 und 2027 zu erreichen. Und bei aller Kritik, die an diesen Einsparungen auch geäußert werden könnte und auch berechtigterweise über den einzelnen Maßnahmen geäußert werden kann, wir sind überzeugt, dass es notwendig ist, einen Haushalt zu entwickeln, der genehmigungsfähig ist, weil es eben um nachhaltige Finanzierung der Stadt geht. Wir wissen auch, dass natürlich das Gesamtkonstrukt von Bund, Land und Kommunen in einer Schiefelage ist. Dennoch können wir uns heute und hier nicht aus unserer Verantwortung herauswenden. Aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion ist es deswegen umso wichtiger, auf die Schwerpunkte zu gucken. Und für uns ist natürlich ganz klar, dass die Themen Klima- und Umweltschutz, aber auch Klimaanpassung im Mittelpunkt stehen müssen und darüber hinaus eben der Erhalt dieser sozialen und vielfältigen Stadt und dass wir das eben bei der Abwägung der Maßnahmen dann auch in den Vordergrund stellen wollen. Denn bei allem, was wir jetzt tun, wir sollten dieses lebenswerte Karlsruhe so erhalten, wie wir es eben kennen und wie wir es auch in der Zukunft leben wollen, danke schön.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, es ist richtig, wir haben eine Herkulesaufgabe vor uns. Wir brauchen einen genehmigungsfähigen Haushalt. Und dies wird mit Sicherheit nicht einfach werden, denn auch wenn alle Fraktionen dies immer wieder beteuern, so laufen doch der ein oder andere auch bei egal wo herum und erzählen, ja das wird nicht so

kommen, das kommt doch meistens ein bisschen besser. Und das ist nicht hilfreich, das muss man ganz ehrlich sagen. Wir sind mittlerweile, glaube ich, aufgrund der Tatsache, dass wirklich sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die Entwicklung in der Stadt..., denn wir haben in den letzten beiden Doppelhaushalten schon deutlich über unsere Verhältnisse gelebt, wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass der Ergebnishaushalt keine Überschüsse mehr ausweist. Und jetzt ist natürlich noch die wirtschaftliche Entwicklung dazugekommen. Von daher ist es natürlich extrem schwierig, jetzt auch hier Lösungen zu finden.

Ich bin auch dankbar für die Erstellung der Liste, auch wenn ich sie nicht gerne bekommen habe, denn da stehen Sachen drin, die wirklich schwer zu genießen sind. Und auch wenn ich den Satz eigentlich nicht mehr hören kann, dass wenn man etwas rausstreicht, ich formuliere ihn etwas anders, dass man zumindest einen neuen Vorschlag bringen muss, dann müssen wir dies auch so tun, und das möchte ich bitte auch an alle Kolleginnen und Kollegen richten. Dann sagen Sie uns oder lassen Sie uns in den Dialog, ins Gespräch kommen, wo wir Mittel haben, die wir dann entsprechend auch einsetzen können. Denn ich denke, und das hat der Kollege Cremer auch eben ganz klar gesagt, wir brauchen diesen genehmigungsfähigen Haushalt. Ansonsten haben wir hier das Heft nicht mehr in der Hand. Ansonsten wird uns das Regierungspräsidium eben ganz klar sagen, was wir zu tun haben. Das möchte ich auf keinen Fall hier erleben, denn ich glaube, dass wir dann eben genau dieses sensible Miteinander umgehen, was wir bisher immer gemacht haben, dieses Prioritätensetzen, was auch ganz klar gemacht wurde, dass dies dann nicht mehr machbar ist. Ich bedanke mich wirklich bei allen Ämtern für das, was sie bis jetzt gemacht haben. Aber jetzt sind wir an der Aufgabe. Jetzt müssen wir sehen, ob wirklich dieser erste Aufschlag, der sehr gut war, aber ob das noch zielgerichtet ist oder ob wir doch an den Ecken und Enden vielleicht etwas verschieben müssen, ob man vielleicht auch mal sagen muss, hier ist ein Dezernat, das braucht ein bisschen mehr, hier ein bisschen weniger. Aber das ist die politische Aufgabe, das ist, wie viele immer sagen, unser Königsrecht, das wir uns rausnehmen müssen. Und ich denke, dass wir hier auch zu einer Lösung finden.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Auch ich möchte den Beitrag für meine Fraktion mit einem Dank und einem Lob beginnen für die erarbeitenden Maßnahmen. Das hat sicherlich unheimlich wehgetan, denn die Mitarbeitenden identifizieren sich, und so haben wir es in den Jahren immer erfahren, sehr groß mit ihrer Aufgabe hier bei der Stadt. Und natürlich tut es weh, in seinem eigenen Bereich zu sparen, aber am Ende, man sieht es an den Maßnahmen, sind es alles Dinge mit einer großen Ernsthaftigkeit und einer guten fachlichen Überlegung dahinter. Ich möchte mich auch bedanken, dass der Zeitplan so gut eingehalten wurde. Es war uns unglaublich wichtig, dass wir jetzt die Zeit haben, auch mit der Öffentlichkeit über diese Maßnahmen zu diskutieren. Ich möchte den Begriff gleich ein bisschen relativieren. Ich glaube, es ist mehr ein um Verständnis werben, denn am Ende des Tages, da schließe ich mich jetzt in den Reigen der Redner ein, wird es darum gehen, dass wir den Großteil davon eigentlich ohne Zweifel daran verabschieden müssen.

Heute ist es zu früh, um über einzelne Maßnahmen zu sprechen. Ich glaube, das ist richtig so. Dafür haben wir die Haushaltsberatung in aller Länge. Ich möchte jetzt an der Stelle doch noch mal für etwas Solidarität werben. Das ist gerade eben so ein bisschen angeklungen schon. Ich habe den Prozess bis jetzt und meine Fraktion als sehr solidarisch empfunden, zwischen Fachdezernat und zwischen Gemeinderat. Das ist jetzt nicht so, dass man uns jetzt hier irgendwie den Miesepeter zuschiebt, und der Gemeinderat muss jetzt dann

das böse Machtwort sprechen, sondern ich habe das Gefühl, dass die Verantwortung durchaus eine geteilte Verantwortung ist, auch von denen, die fachlich verantwortlich sind. Und die Solidarität, die brauchen wir jetzt im Gemeinderat. Und die müssen wir auch mit den Bürgerinnen und Bürgern herstellen. Und je solidarischer wir miteinander hier umgehen, desto solidarischer werden auch die Bürgerinnen und Bürger mit uns umgehen. Und das ist einfach ein Appell.

Ich möchte trotzdem noch auf eine Sache hinweisen, die uns aufgefallen ist, auch schon zum jetzigen Zeitpunkt, eher so ein übergeordnetes Thema. Ich glaube, man hat in den Listen gut gesehen, wie ungleich unsere Ämter sind, wir ungleich unsere Dezernate sind. Es gibt welche, die haben sehr viel Transferbudget zum Beispiel. Da ist es sehr schwierig, zu sparen. Wir haben aber auch gesehen, es gibt Ämter mit sehr hohem Personalbudget. Bei denen wurde auch mit fachlicher Prüfung und voller Ernsthaftigkeit viele Stellen Wiederbesetzung vorgeschlagen. Die werden wir auch mitgehen. Uns ist es aber wichtig, und das ist jetzt in der Debatte vielleicht auch aufgrund der Geschwindigkeit ein bisschen zu kurz gekommen, dass wir auch über das Thema Aufgabenkritik sprechen, denn es bringt nichts, wenn wir Stellen nicht wieder besetzen, ohne dass wir gleichzeitig in den Fachämtern auch Aufgaben wegnehmen. Denn am Ende werden sie dann auf weniger Schultern verteilt, und das soll nicht im Sinne eines guten Arbeitgebers sein, dass wir das so tun. Deswegen hier die Aufforderung, wenn wir dann in den Vollzug kommen und diese Wiederbesetzung auch beschließen, dass die Amtsleitungen dann in der Verantwortung stehen, auch zu schauen, ganz gezielt, was für Auswirkungen es dann auf den Geschäftsbetrieb hat. Das kann sie machen mit den Mitarbeitenden zusammen, aber auch mit den vielen Personalvertretungen zusammen und dann im Umkehrschluss aber auch wieder zu uns als Gemeinderat kommen und sagen, an der einen oder anderen Stelle hat es nicht funktioniert, oder wir brauchen von euch jetzt die eine oder andere Entscheidung, damit wir diese Aufgabenkritik aufnehmen auch vollziehen können. Und das ist so ein bisschen Mahnung und Aufforderung zugleich.

Stadtrat Schnell (AfD): Als Sie, Herr Dr. Mentrup, anlässlich des Sommerinterviews Ende August einen heißen Herbst zum Thema Haushaltssicherung ankündigten, weil die zu schließende Lücke im Haushalt nochmals 25 Millionen größer sein könnte als bislang angenommen, musste ich unwillkürlich an eine alte Büroweisheit denken. Und aus dem Chaos sprach eine Stimme zu mir, lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen. Und ich lächelte und war froh und es kam schlimmer. Noch liegt die Oktobersteuerschätzung nicht vor, aber ich denke, wir dürfen uns nicht der Illusion anhängen, es käme vielleicht doch nicht ganz so schlimm. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, dass wir der Einsparvorgabe von 80 Millionen noch was draufsatteln müssen. Dabei fehlen uns zu diesen 80 Millionen aktuell noch knapp 16, die zu erreichen mit diesem Gemeinderat schwierig werden wird, denn ohne Verzicht auf ideologisch geprägte Must-Haves der links-grünen Seite wird das kaum zu schaffen sein. Davon abgesehen sehen wir bei den bislang vorgelegten Einsparvorschlägen so einiges, was keine Mehrheit in diesem Gemeinderat erreichen könnte. Für uns von der AfD ist bei den Haushaltsberatungen jedoch klar, dass wir das Diktum unserer Ersten Bürgermeisterin, ich zitiere es jetzt, „ein Mehr an einer Stelle erfordert ein Weniger an einer anderen“, bei den von uns eingebrachten Anträgen beherzigen werden. Denn wir sehen in einigen Bereichen, wie etwa dem Klimaschutz, dem ÖPNV oder bei Leistungen für Asylbewerber durchaus noch Einsparpotenzial. Wenn die Stadt ohne Not Klimaanlage anschafft, die 37 Prozent gegenüber marktgängigen Geräten teurer sind, nur weil diese mit dem vermeintlich klimafreundlichen Propan betrieben werden, oder eine Netzoptimierung

des Tram-Netzes, die kaum zu einer Angebotsverschlechterung führt, aber signifikant Kosten einsparen würde, dagegen ausbleibt oder wenn der Karlsruher für einen Zoo-Eintritt 14 Euro abdrücken muss, ein Asylbewerber für nur 1 Euro mehr, aber gleich eine Jahreskarte bekommt, dann weist dies beispielhaft doch auf noch nicht ausgeschöpfte Potenziale hin. Vor diesem Hintergrund haben wir auch kein Problem, unseren Antrag unter Top 24 aufrechtzuerhalten. Und im Übrigen sind in der Liste auch einige Dinge, die die AfD bereits vor Jahren vorgeschlagen hatte. Damit hätten wir schon damals sparen können.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ja, wir haben ein Problem. Wir haben ein Finanzierungsproblem, auch wegen der fehlenden Konnexität der Finanzen mit dem Bund und dem Land. Wir haben ein Problem mit der schwächelnden Wirtschaft, mit wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen. Tagtäglich melden Karlsruher Unternehmen ihre wegbrechenden Zahlen. Auch mein eigenes Unternehmen ist davon betroffen. Ja, wir haben auf Bundesebene und in Europa neue sicherheitspolitische Herausforderungen, die aber noch nicht alle Fraktionen erkannt haben, wie man an späteren Tagesordnungspunkten sieht. Aber wir haben auch ein massives, strukturelles und ein Prioritätenproblem hier in unserer Stadt und im Bund. Und noch immer haben viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt den Ernst der Lage noch nicht voll verstanden oder wollen ihn nicht verstehen. Noch immer glauben einige Gruppen in dieser Stadt, dass das Füllhorn des städtischen Haushaltes unerschöpflich ist. Das ist leider nicht der Fall. Und umso wichtiger ist nun, dass wir Verantwortliche für den Haushalt in der Verwaltung und im Gemeinderat ehrlich Farbe bekennen und das gesamte Ausmaß offen darstellen.

Heute Vormittag hat eine Pressekonferenz stattgefunden. Die erste Veröffentlichung habe ich auch online eben schon gesehen. Wir diskutieren heute hier öffentlich, und wir werden auch die weiteren Schritte mit der Öffentlichkeit eng besprechen und diskutieren. Es wird weitere Kommunikation geben, die dann letztendlich auch in einer Kommunikationsveranstaltung am 20. November gipfeln wird. Die Lage ist ernst. Verwaltung und die meisten Fraktionen haben das erkannt. Für uns Freie Demokraten und Freie Wähler hat sich das allerdings schon länger abgezeichnet. Auch bei den vergangenen Haushaltsberatungen haben wir immer wieder Zurückhaltung angemahnt und wurden dann als kleine Fraktion belächelt und wurden mit den Mehrheiten hier im Rat einfach überstimmt oder ignoriert. Damit muss nun Schluss sein. Dafür sorgen schon die nackten Zahlen. Wir müssen auch an heilige Kühe und Lieblingsprojekte der einzelnen Fraktionen ran. Wir brauchen Reformen, wir brauchen radikale Reformen, radikal im Sinne des lateinischen Wortes Radix, an die Wurzel gehen. Wir müssen nämlich an die Wurzel gehen, weil mittlerweile die Wege teilweise so abgefahren sind, dass wir schon unter der Grasnarbe an den Wurzeln sind. Es wurde teilweise auch schon richtig erkannt, die Verwaltungsaufträge des Oberbürgermeisters gingen genau in die richtige Richtung mittelfristig. Und meine Fraktion hat sich ja ähnlich auch schon positioniert und hat sich Gedanken gemacht mit Anfragen zum Thema Outsourcing von Aufgaben, was wir heute auf der Agenda finden, oder Anfragen zum Bestand an städtischen Immobilien. Auch hier werden wir entsprechende Anträge einbringen. Wir Freiheitliche verstehen uns nämlich in den Haushaltsberatungen als Stimme der Vernunft. Und wir verstehen uns als so was, ja vielleicht im besten Sinne, radikale politische Mitte. Wir müssen zu den Wurzeln, wir müssen vielleicht in diesem Fall mittig, radikal, hat nichts mit extrem zu tun, sondern an die Wurzel gehend neu aufbauen, damit wir künftig wieder wachsen und blühen können. Wir brauchen neue Prioritäten, und dann gehen wir mit Zuversicht in die Zukunft unserer schönen Stadt, vielen Dank.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ich glaube, über das strukturelle Defizit, warum wir Probleme mit Geld haben, wurde jetzt schon einiges gesprochen. Ich glaube, ja, natürlich wurden auf anderen Ebenen Dinge vergessen, die die Kommunen am Ende abfedern, aber wir können am Ende halt auch nicht zaubern. Also es ist am Ende unsere Verantwortung, hier als Gemeinderat, als Verwaltung, als Stadt trotzdem unsere Finanzen im Griff zu haben. Es hilft einfach nichts. Diese 80 Millionen müssen irgendwo herkommen. Wir haben jetzt in der Vorlage noch nicht die ganzen 80. Insofern sind wir auch mal gespannt, was da uns noch so droht. Nichtsdestotrotz, es wurde auch schon erwähnt, wenn es halt schlecht läuft, dann könnte es dank der Steuerschätzung auch nicht unbedingt besser werden. Kurzum, es ist keine sonderlich schöne Lage. Wichtig ist trotzdem, und es wurde auch schon genannt, die Genehmigungsfähigkeit. Weil was passiert eigentlich, wenn wir es nicht schaffen, uns hier zu einigen? Naja, im Endeffekt ist es dann nicht mehr unsere Sache, wir, die die Stadt kennen und die die Stadt lieben, sondern geht es in andere Hände. Und dann geht es noch mehr an freiwillige Leistungen. Und da möchte ich mal nur kurz erwähnt haben: Was sind denn eigentlich freiwillige Leistungen? Zum Beispiel fast alles im Kulturbereich, Bäder, Karlsruher Pass, also eigentlich alles, was die Stadt auch teilweise lebenswert und gerechter macht, aber beispielsweise auch die Wirtschaftsförderung, die uns wiederum Einnahmen beschert.

Also es ehrt uns, dass wir da so viele Leistungen haben, aber wir müssen uns jetzt ernsthaft fragen: Was ist denn eine nachhaltige Strategie? Was wir oft beobachtet haben, klar, auch natürlich im Rahmen der Zeit, ist einfach eine Kurzfristigkeit. Was können wir jetzt kurz noch umsetzen, weil es muss im nächsten Jahr schon eingespart werden. Aber die Frage stellt sich doch auch nach den strategischen Maßnahmen. Wie kommen wir denn dahin, dass in ein paar Jahren wir nicht widerständig dieselben Diskussionen führen, dass nicht Dinge hinten runterfallen, weil sie halt, wenn wir sie jetzt anfangen, in fünf Jahren mehr Einnahmen oder weniger Kosten beschieren? Das sind die Fragen, die wir uns ab nächstem Jahr stellen müssen. Und das wurde schon oft von Fraktionen beteuert und daran sollten wir uns auch halten. Kurzum, wir sparen schon seit Jahren, und eine richtig ehrliche Priorisierung haben wir bisher nicht gesehen. Ja, es gibt Strategien, aber es geht auch deutlich besser noch. Und noch ein Punkt, den ich an der Stelle gerne erwähnen möchte. Für uns, die wir jetzt dann doch ein Jahr dabei sind, ist es trotzdem unser erster Haushalt. Wir haben uns eingefuchst, aber ich glaube, wenn du nicht 20 Wochenstunden dich mit Kommunalpolitik deiner eigenen Stadt beschäftigst, ist dieser Haushalt doch durchaus undurchsichtig. Und wir wollen uns definitiv dafür einsetzen, dass es beim nächsten Doppelhaushalt, der ja auch noch in unserer Amtszeit liegt, ein bisschen besser wird, denn ich glaube, davon können wir viel uns auch noch mitnehmen. Wie können wir transparenter und ehrlicher kommunizieren, vor allem zu den Menschen, die es am Ende betreffen wird? Nichtsdestotrotz, um es jetzt nicht ganz so schlimm enden zu lassen, möchte ich noch eine Sache erwähnen. Wir reduzieren in den meisten Feldern von einem sehr gut auf ein hohes Mittelfeld. Wir sind die familienfreundlichste Stadt, wir sind toll weit vorne im Rad- und IT-Bereich. Das ist trotzdem traurig, dass wir absinken. Es wäre schön, wenn wir weiter nach oben kommen. Aber ich glaube, da müssten wir auch ehrlich zu uns selber sein, wie viel die letzten Jahre auch tatsächlich an Systemen geschaffen wurden, die wir natürlich gerne erhalten wollen, aber leider scheinbar nicht mehr die Möglichkeiten dazu haben.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Bei Transparenz sind wir dabei. Ich reiße das Positive jetzt aber wieder ein bisschen ein, es tut mir leid. Der uns vorliegende Entwurf zur Haushaltssicherung trifft ins Mark, und zwar mitten in die Bürgerschaft. In so ziemlich allen Bereichen

werden die Karlsruher*innen zur Kasse gebeten, während auf der anderen Seite Angebote gestrichen und Zuschüsse gekürzt werden sollen und die Existenz von Kultureinrichtungen akut gefährdet ist. So sparen wir nicht, so zahlen wir am Ende drauf, und zwar als Gesellschaft.

Wir Linke wehren uns dagegen, steigende Sozialkosten als Belastung zu benennen. Denn auch wenn im Bund gerade hart daran gesägt wird, wird leben noch immer in einem Sozialstaat. Daher finden wir trotz Deckelung insbesondere die Sparauflagen für das Dezernat III katastrophal. Und das geht wirklich an die Substanz. Ja, hier sind Land und Bund gefragt und wir müssen alle um eine bessere Finanzierung der Kommunen kämpfen. Aber wir müssen uns auch an die eigene Nase fassen. Von Karlsruhe erwarten wir Selbstreflexion und eine andere, eine gesellschaftsorientiertere Prioritätensetzung bei der Ausgabenpolitik. Selbstverständlich werden wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen, hoffentlich gemeinsam mit anderen Fraktionen daran zu arbeiten, dass es für den anderen oder die anderen nicht zu hart kommt, wie es aktuell zu befürchten ist. Unsere Verantwortung sehen wir aber ganz klar gegenüber den Bürger*innen in dieser Stadt, insbesondere gegenüber vulnerablen und marginalisierten Gruppen und nicht gegenüber einem Regierungspräsidium. Ich wünsche mir sehr, dass wir es schaffen, die eine oder andere Stellschraube zu identifizieren und zu drehen, denn für uns ist der Entwurf in der aktuellen Form inakzeptabel.

Stadträtin Döring (KAL): Ich werde heute keine vorgezogene Haushaltsrede halten. Heute geht es darum, dass sie jetzt endlich öffentlich sind, die langen Listen mit Maßnahmen zum Haushaltssicherungsprozess, ein paar geplante Einnahmesteigerungen durch Gebührenerhöhung sehr viele Einsparmaßnahmen. Praktisch nichts davon ist nice to have. Wenn wir dieses Paket umsetzen, werden das die Menschen in Karlsruhe deutlich spüren. Nichts auf diesen Listen überrascht uns. Wir haben uns in vielen nicht-öffentlichen Sitzungen mit den Maßnahmen befasst. Einiges war aber doch schon durch die Stadtgesellschaft. Und deshalb ist es gut, dass die geplanten Maßnahmen heute öffentlich werden, dass die Bürger*innen dieser Stadt jetzt die Möglichkeit haben, sich ein Bild zu verschaffen. Und dazu möchten wir heute auch auffordern. Liebe Karlsruherinnen und Karlsruher, schaut euch das mal an. Macht euch die Mühe, die Listen durchzugehen, und dann stellt Fragen. Gebt uns Rückmeldungen, lasst uns reden, lasst uns offene Punkte klären. Am 20. November plant die Stadt eine Bürgerversammlung zur Haushaltssicherung, wir haben es schon gehört. Für uns ist der Termin ein bisschen spät. Zum einen endet genau an diesem Tag die Antragsfrist für die Fraktion, wo wir noch irgendwelche Möglichkeit haben, Themen in die Haushaltsberatung einzubringen. Zum anderen hätten wir uns gewünscht, dass wir mit der Bürgerschaft früher in eine wirkliche Diskussion gehen können. Wir haben schon häufig gerade gehört, dass die Lage sehr ernst ist, und das ist allen Beteiligten klar. Die Karlsruher Liste-Fraktion ist sich der Verantwortung gegenüber den Menschen in dieser Stadt bewusst. Den Karren gegen die Wand zu fahren, ist keine Option, aber wohin wir ihn lenken, darüber müssen wir in den nächsten Wochen reden.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ja, es ist unangenehm, es ist nicht so schön, was wir jetzt hier machen. Zurückzuschrauben ist immer schwieriger, als dazuzulegen. Und ich glaube aber trotzdem, ich habe in einer Lebenszeit von über 70 Jahren mitgekriegt, dass es uns nach dieser Kürzungsperiode immer noch sehr, sehr gutgeht. Wir müssen darauf achten, dass die Schwächsten und die Schwachen, dass es sie nicht trifft, aber der restliche Teil der Bevölkerung muss Einschnitte kleinerweise hinnehmen, und es wird uns danach immer noch

sehr gutgehen, immer noch gutgehen. Ich möchte betonen, und wir müssen uns darauf einstellen, dass es nicht eine kurzfristige Delle ist, die wir sozusagen haben und dass wir langfristig so nicht weiter wirtschaften können wie bisher. Wir haben 80 Millionen vor uns zu sparen, 2027 und 2028, und jeweils kommt hinten dran 0,5 Millionen, die wir uns erwirtschaften, um zu investieren. Das heißt, wir müssen pro Jahr noch mal 200 Millionen Schulden aufnehmen für den Doppelhaushalt, hinterher genau das Gleiche wieder. Wir sind noch lange nicht durch. Wer meint, mit den zweimal 80 Millionen wären wir durch, der täuscht sich gewaltig. Wir müssen uns langfristig darauf einstellen, dass was Sie erwarten, dass wir den nicht mehr haben. Und ich bitte euch, Sie alle um den Mut, den Menschen gegenüber ehrlich zu sein und zu sagen, wir können den Standard nicht halten, wie er war, es sei denn, es passiert ein wirtschaftliches Wunder, aber was nicht zu erwarten ist. Deswegen müssen wir ehrlich sein in der Kommunikation, auch nicht falsche Dinge zu versprechen, das kriegen wir schon irgendwie hin. Nein, wir kriegen es nicht hin. Wir müssen die 80 Millionen plus hinkriegen. Und das ist die Herausforderung, vor der stehen wir. Und wir dürfen nicht kneifen. Es ist so leicht, falsche Versprechungen zu machen, „die sind schuld“. Wir müssen gemeinsam miteinander dafür geradestehen. Und dann glaube ich, kriegen wir es auch der Bevölkerung gegenüber hin, aber wir müssen ehrlich sein und nichts zurückzunehmen.

Der Vorsitzende: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu allem Überfluss habe ich mich jetzt auch noch zweimal auf die Rednerliste gesetzt. Zunächst darf ich als Oberbürgermeister noch ergänzen, und möchte an das anknüpfen, Herr Stadtrat Kalmbach, was Sie gesagt haben, dass wir einen genehmigungsfähigen Haushalt bekommen, gleichzeitig mit 200 Millionen Neuverschuldung rechnen, mit einem trotzdem Defizit im Ergebnishaushalt von 50 Millionen oder 40 bis 50, und dass wir dann die Mindestvoraussetzung, nämlich das Überschreiten des Übertrags vom Ergebnishaushalt in den Investitionshaushalt nur 500.000 Euro über der Tilgung, das ist so das minimalste Ziel, das man überhaupt nur noch haben kann. Eigentlich müssten wir ganz andere Dinge tun.

Und, und das ist meine zweite Bemerkung, ich würde bitten, dass wir zwei Dinge nicht tun sollten. Frau Stadträtin Döring, dadurch dass wir es jetzt vorlegen, müssen wir nicht warten, bis wir es am 20. November mit der Bürgerschaft diskutieren, sondern ab heute Abend wird das mit der Bürgerschaft diskutiert, und das muss auch so sein. Der 20. November ersetzt nicht die Diskussion mit Bürgervereinen, mit Vereinen, mit Kulturinitiativen, Kulturinstitutionen und, und, und. In vielen Bereichen läuft das ja schon, aber es wird jetzt noch mal mehr sein. Und für mich ist deswegen der Termin auch wichtig, weil wir dann erst wissen, was die Steuerschätzung erbringt und wie wir dann auch schon mal das ein oder andere vielleicht gemeinsam festgestellt haben, was für Probleme das hervorbringt und dass wir uns dann auch schon vielleicht über andere Varianten, wie gesagt, im kleinen Umfang, unterhalten haben. Und deswegen halte ich diese Reihenfolge nach wie vor eigentlich für die geeignete. Sie sind gefordert, wir sind gefordert als Verwaltung und als Stadtspitze. Und da wird es jetzt Diskussionen geben ohne Ende. Es wird eine öffentliche Meinungsbildung geben. Das ist ja auch unser Job. Und dann setzen wir uns noch mal am 20. November, immerhin ja doch noch vier Wochen vor Abschluss der Haushaltsberatung, gemeinsam, nicht gemeinsam, sondern präsentieren hier noch mal die Situation, die Diskussion, die bis dahin stattgefunden hat, die neuen Steuerzahlen, und dann kann man noch mal gemeinsam versuchen, hier an den ganzen Zielen festzuhalten.

Meine zweite Bitte wäre, ich kann mich, ehrlich gesagt, liebe FDP, weder daran erinnern, dass wir nicht die letzten Jahre schon massiv eingespart hätten. Ich habe auf die 210 bis 230 Millionen verwiesen. Also der Appell, jetzt erkennen wir endlich sozusagen die Zeichen der Zeit, also das geht, glaube ich, nicht ganz konform mit dem, was wir hier bei den letzten Doppelhaushalten gemacht haben. Und wenn wir damals herausragende Vorschläge von Ihnen nicht gefolgt sind, haben Sie jetzt die Möglichkeit, die alle wieder einzubringen, und wenn uns das rettet, soll es uns ja recht sein. Das Thema an die Wurzel gehen, genau das ist etwas, was wir diskutieren müssen. Gefährden wir bestimmte Existenzen im Kultur- oder Sozialbereich so, indem wir wirklich an die Wurzel gehen? Oder versuchen wir, eine qualifizierte Auswahl zu treffen? Oder versuchen wir doch, jedem mit eventuellem Engagement aus Bürgerschaft und wo auch immer her noch ein Stück weit eine sehr, sehr lange Durststrecke durchzuhalten und trotzdem ein gewisses Mindestangebot noch den Menschen zu präsentieren? Das sind die Dinge, die wir, glaube ich, ganz intensiv an vielen Punkten hier diskutieren müssen.

Jetzt habe ich mich ein zweites Mal auf die Rednerliste gesetzt als 49. Stadtrat. Lieber Herr Stadtrat Schnell, diese dümmliche Bemerkung mit dem Asylbewerber, der eine Jahreskarte für 15 Euro bekommt, die können wir uns hier wirklich ersparen. Das hat nichts damit zu tun, dass er Asylbewerber ist, sondern dass er unter unseren quasi Regelungen des Karlsruher Passes fällt, wie jeder, der nur ein bestimmtes Mindesteinkommen im Monat hat. Und der Asylbewerber bekommt nur das Existenzminimum, was ihm vom Bundesverfassungsgericht auch noch mal bestätigt wurde. Und deswegen bekommt er die Karte für 15 Euro, nicht, weil er Asylbewerber ist. Lassen Sie uns aufhören, hier Keile in die Bevölkerung zu treiben. Und wenn Sie mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts nicht einverstanden sind, dann zeigen Sie damit noch mal, dass Sie eine Position beziehen, die außerhalb unseres verfassungsrechtlichen Rahmens ist. Mehr will ich an der Stelle gar nicht sagen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Herr Oberbürgermeister, vielen Dank für Ihre Erläuterungen und Erklärungen. Ich habe eine Frage. Sie hatten zum Beispiel jetzt die Kultureinrichtungen gerade aufgerufen. Wie soll der einzelne Stadtrat erkennen, ob die einzelnen Kultureinrichtungen bei den Kürzungen dann noch in der Lage sind, Ihr Programm oder Ihr Jahresding weiterzuführen? Diese Informationen, die Sie gerade gesagt haben, die wichtig sind, ich habe irgendwie das Gefühl, die fehlen mir. Also da muss ich natürlich die Verwaltung in die Pflicht nehmen und sagen, Herr Oberbürgermeister, dazu brauchen wir mehr Informationen. Weil wenn wir darüber sprechen, das ist ja richtig, was Sie gesagt haben, dann muss aber dieser Rat noch weitere Informationen zum Beispiel bei der Kultur bekommen, herzlichen Dank.

Stadtrat Cramer (KAL): Herr Oberbürgermeister, ich habe ja, wie Sie diese Passage, nenne ich es mal, Ihre Ausführungen gerade zur Kultur genannt haben, die jetzt angesprochen wurden, habe ich mir erlaubt, Beifall zu klopfen, weil ich das, ehrlich gesagt, so gar nicht erwartet habe, dass Sie sagen, man muss in diese Richtung gehen. Ein Wort an Sie, Herr Kollege Hock: Die Fraktionen sind gerade, da hebe ich noch mal ab auf die Kultur, eingeladen worden, hatten einen Termin mit der freien Kultur, mit dem Staatstheater, mit dem ZKM. Das muss man einmal sehen, dass die drei, vor allem die zwei großen Tanker, sage ich jetzt mal, bereit sind, auch mit der freien Kultur sich an einen Tisch zu setzen, weil sie sehen, es betrifft sie letztendlich genauso wie die kleineren Einrichtungen. Und da haben wir die Information bekommen. Ich denke, ich weiß nicht, ob jetzt die Stadtverwaltung das so machen kann. Natürlich über das Kulturamt, aber ich denke, der direkte Weg, und das

ist ja das, was wir jetzt machen wollen, eben in die Bürgerschaft gehen, jetzt offiziell auch, weil es öffentlich alles ist, den Weg sollten wir vielleicht gehen und da nicht unbedingt immer sagen: „Verwaltung, bringt uns das mal.“ Das ist unsere Meinung, der Karlsruher Liste-Fraktion.

Der Vorsitzende: Dem habe ich im Wesentlichen nichts hinzuzufügen. Sie haben die Information zur Kenntnis genommen. Es zeigt sich jetzt schon, welche spannende Diskussion wir bekommen. Ich unterbreche die Sitzung für 30 Minuten, und dann sehen wir uns um 17:55 Uhr hier wieder und sollten pünktlich auch die restlichen Tagesordnungspunkte abarbeiten.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:26 bis 17:55 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. Oktober 2025